

Die EU muss eingreifen

Die gewaltsame Schließung der baskischen Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“ scheint die EU-Mitgliedsstaaten kalt zu lassen. Einige Südtiroler Abgeordnete kündigen zumindest an, das Thema im Parlament aufzuwerfen. Ein Rundruf

Tageszeitung, 07/03/2003

TAGESZEITUNG: Die spanische Regierung hat auf gewaltsame Art die einzige Tageszeitung in baskischer Sprache geschlossen. Ein Schlag gegen die Presse- und Mei-



Helga Thaler-Außerhofer
SVP-Senatorin: „Pressefreiheit muss gewährleistet werden“

nungsfreiheit einer sprachlichen Minderheit. Was sagen Sie dazu?
SVP-SENATORIN HELGA THALER-AUBERHOFER: Über diesen Angriff auf die Pressefreiheit haben wir Südtiroler Senatoren bereits diskutiert. Wir sind alle darüber entrüstet. Informationsfreiheit, sprich Pressefreiheit, muss ein demokratischer Staat gewährleisten. Und besonders gravierend

ist es, wenn für Minderheiten ein solches Instrumentarium verloren geht. Wo bleibt ihre Möglichkeit der Meinungsbildung?

ULIVO-KAMMERABGEORDNETER GIANCLAUDIO BRESSA: Wie in Spanien vorgegangen worden ist, ist einfach grausam. Kaum zu glauben, dass diese Maßnahme von einer demokratischen Regierung verordnet wurde. Leider ist es nicht das erste Mal, dass Spanien auf verwerfliche Mittel zurückgreift, wenn es um die baskische Minderheit geht. Dass die Medien wenig darüber berichten, ist auch bedauerlich. Derzeit scheint nur das Thema Irak im Mittelpunkt der Diskussionen zu stehen. Und das ist nicht richtig.

SVP-SENATOR ALOIS KOFLER: Der Nationalismus in Spanien ist - trotz Demokratie - noch sehr stark. Besonders die zentralistische Ausrichtung dieses Staates ist sehr verwurzelt. Es scheint, als hätte die spanische Regierung keine Hemmungen sprachliche Minderheiten zu unterdrücken. Nach dem Motto: das Ziel rechtfertigt die Mittel.

TAGESZEITUNG: Bisher gab es aus den EU-Staaten keine Reaktionen auf die Zeitungsschließung. Fühlen Sie sich als Vertreter einer ethnischen Minderheit nicht dazu verpflichtet,

politisch etwas zu unternehmen?
HELGA THALER AUBERHOFER: Ob derzeit bereits in der Regierung Protest-Initiativen laufen, weiß ich nicht. Doch wir werden mit Sicherheit etwas dagegen unternehmen. Voraussichtlich werden wir eine entsprechende parlamentarische Anfrage machen. Nur so kann man auf das Problem der baskischen Min-



Gianclaudio Bressa
Ulivo-Kammerabgeordneter:
„Spaniens Maßnahme ist verwerflich“

derheit aufmerksam machen. Wir wollen die italienische Regierung dazu auffordern, international zu intervenieren.

Außerdem kann der Auslandsausschuss, der im Senat ist, aktiv werden. In diesem Zusammen-



Alois Kofler SVP-Senator:
„Die baskische Minderheit wurde gedemütigt“

hang muss ich aber anmerken, dass - nachdem es eine internationale Angelegenheit ist - eine Intervention der Europäischen Union viel mehr bewirken würde, als Protestinitiativen der einzelnen Staaten. Wir können nur das Thema aufwerfen. Doch Minderheiten zu vertreten und demokratische Prinzipien in den einzelnen Mitgliedstaaten zu gewährleisten, ist eigentlich Aufgabe der EU. Ihre Intervention wäre somit dringend notwendig.
GIANCLAUDIO BRESSA: Selbstverständlich wollen wir tätig werden. Bei der nächsten Fragestunde im Abgeordnetenhaus werde ich dem italienischen Außenminister Franco Frattini diesbezüglich eine Anfrage stellen. Doch viel kann eine solche Anfrage nicht bewirken. Italien allein kann diesbezüglich nichts Konkretes und Effektives in die Wege leiten - außer diplomatischen Druck auszuüben. Denn hier handelt es sich um eine Maßnahme der spanischen Regierung im eigenem Land.
ALOIS KOFLER: Ja, wir werden und wir müssen im Senat etwas dagegen unternehmen. Denn besonders wir Südtiroler können nicht einfach so zusehen, wenn eine sprachliche Minderheit so gedemütigt wird. Wir werden sofort einen Beschlus Antrag einbringen.

DER ANLASS

Die brutale Schließung

(bb) Die Offensive von Spaniens Regierung gegen die baskische Untergrundsorganisation Eta hat nun auch die baskische Zeitung „Euskaldunon Egunkaria“ getroffen. Dem baskischen Blatt wird die Zusammenarbeit beziehungsweise Zugehörigkeit zur Eta vorgeworfen. Der Nationale Gerichtshof genehmigte der Polizei am 20. Februar 2003, die Redaktionsräume zu besetzen und die Zeitung zu schließen. Chefredakteur Martxelo Otamendi und zehn weitere Mitarbeiter kamen nicht nur in Untersuchungshaft, sondern wurden gefoltert und gedemütigt. „Euskaldunon Egunkaria“ war die einzige rein auf Baskisch erscheinende

Publikation. Sie wurde 1990 gegründet und erreichte eine Auflage von circa 15.000 Exemplaren. Nicht nur die baskische Landesregierung sieht darin einen Anschlag auf die Pressefreiheit und die Einschränkung der kulturellen Vielfalt in Spanien. Auch die Vereinigung der Europäischen Minderheitenzeitschriften, MIDAS, hat ein Protestschreiben veröffentlicht, das an die spanischen Botschaften in Wien und Rom ging. Bisher hat die Europäische Union nichts dagegen unternommen.



Arbeiter der Zeitung demonstrieren:
„Anschlag auf Meinungsfreiheit“

INTERVIEW:
BEATRICE BONELL